

Übersicht Veranstaltungen und erste Texte März 04:

Montag, 1. März, 18 Uhr:

AG-„Soziale Grundrechte“:

(dazu Bild: „Wir wollen Eure Kohle – nur zu unserem Wohle“)

Die AG verteilt derzeit ein Flugblatt, das den folgenden „Frankfurter Appell“ enthält und das auf die europaweiten Aktionen am 2. Und 3. April hinweist (und einlädt, an den zentralen Demonstrationen – Köln, Berlin, Stuttgart – teilzunehmen). Zentrales Thema wird die Mobilisierung zu diesen Demonstrationen sein. Interessenten an der AG sind hochwillkommen!

Statt schimpfen: Handeln! Gegenwehr!

Gegen Sozial- und Lohnabbau

Frankfurter Appell

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt.

Wir wollen und werden nicht hinnehmen,

- Ø dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Arbeitslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden und
- Ø dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird

Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Arbeitslosen, der Rentner oder das "Besitzstandsdenken" der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Gewinnstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der "Steuerreformen" immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U.a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

In unserer Diskussion sind folgende Forderungen:

- + gesetzlicher Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- + ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- + Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge
- + eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung.
- + die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- + uneingeschränkter Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen); keine Eliteuniversitäten
- + keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- + massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- + qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

Dazu gibt es für uns keine Alternative.

Der „Frankfurter Appell“ wurde beschlossen auf der **Aktionskonferenz „Alle-gemeinsam-gegen-Sozialkahlschlag“** am 18.1. 04 in Frankfurt; Verantwortlich: Bernd Riexinger (c/o ver.di Bezirk Stuttgart)

+++ Wir sind Leute aus verschiedensten Bereichen und Berufen, Erwerbslose, Rentner, Studenten. Eine parteiunabhängige Initiative. Jede und jeder, der sich mit uns gegen den Sozial- und Lohnraub wehren will, ist herzlich willkommen!

+++ **Wer sofort mit uns Kontakt aufnehmen will:**

<p>Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“, Tel.: 0234-6871635, e-mail: bahnhofpol@aol.com c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum</p>

Siehe auch: www.alle-gemeinsam-gegen-Sozialkahlschlag.de, www.labournet.de

Dienstag, 9.3., 20 Uhr: (das Transparentbild „wir wollen Eure Kohle..“ kann auch hierhin)

Die neuen „Sozialleistungen“ Kahlschlag für Arbeitslose – „abgespeckte“ Sozialhilfe für die anderen.

Information & Beratung, mit Helmut Szymanski

Ab 1. 1. 2005 gibt es für fast alle nur noch ein Jahr lang Arbeitslosengeld und dann, im Anschluß, als Ersatz für die abgeschaffte Arbeitslosenhilfe das "Arbeitslosengeld II"; - und das ist nicht mehr als die Sozialhilfe heute – möglicher weise auch noch weniger . Und die jetzige Sozialhilfe findet sich dann zusammen mit der erst ein Jahr alten Grundsicherung "deutlich abgespeckt“ in einem neuen Sozialgesetzbuch wieder.

Für viele Menschen bedeuten diese "Reformen", dass sie mit noch weniger Geld über den Monat kommen müssen.

Die Veranstaltung gibt einen Überblick,

- Wem welche Leistungen zustehen
- welche Leistungen Erwerbslose und Geringverdiener vorgesehen sind,
- Wieviel man mit Arbeitslosengeld II eigentlich hat
- Wieviel Erspartes man behalten darf
- Was die Angehörigen bekommen
- Welche Verpflichtungen damit verbunden sind
- Wann Leistungen gekürzt und wann sie ganz gestrichen werden
- Wie die Sozialhilfe zukünftig aussieht
- Was es zukünftig nicht mehr gibt

.....und ermöglicht einen regen Austausch über Ihre Einschätzungen und Befürchtungen zu diesen Themen.

Der Referent, Helmut Szymanski, schreibt Sozialhilfebroschüren, arbeitet als Sozialarbeiter und unterrichtet Sozialhilferecht in Dortmund.

Veranstaltet von Bhf. Lgdr./Politik und AG „Soziale Grundrechte“

Donnerstag, 11.3., 19.30 Uhr:

Rolf Gössner: „Geheime Informanten“

VL-Leute des Verfassungsschutzes: Verfassungsfeinde als Verfassungsschützer – Kriminelle im Dienst des Staates Buchpräsentation (+Bild bzw. Buchcover s.u.)

Brandstiftung, Totschlag, Mordaufrufe, Waffenhandel, Gründung einer terroristischen Vereinigung – das sind nur einige der Straftaten, die »Vertrauensmänner« des Verfassungsschutzes im Schutz ihrer Tarnung begehen. Gut getarnt waren die geheimen Informanten des Staates auch in der NPD: Etwa 30 der 200 NPD-Vorstandsmitglieder standen seit Jahren als V-Leute im Sold des Inlandsgeheimdienstes. Erst im Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme Partei flog ihre Deckung auf – und der Prozess platzte wegen dieser bislang größten V-Mann-Affäre in der Geschichte der Bundesrepublik.

Der Anwalt und Geheimdienstexperte Rolf Gössner deckt in seinem neuen Buch "Geheime Informanten" (Knaur-Taschenbuchverlag, München), das sich wie ein "Dokumentarkrimi" liest (Weser-Kurier), die kriminellen Karrieren zahlreicher V-Männer auf. Anhand von bislang nicht ausgewerteten oder zugänglichen Quellen schildert er die unheimliche Symbiose von Rassisten und Verfassungsschützern. Sein Fazit: Über seine bezahlten Lockspitzel ist der Verfassungsschutz Teil des Neonazi-Problems geworden, nicht ansatzweise dessen Lösung.

Rolf Gössner wird die brisanten Erkenntnisse seiner Ermittlungen in Sachen Verfassungsschutz vorstellen und politische Konsequenzen aus der skandalösen Verstrickung von V-Männern in kriminelle und verfassungswidrige Organisationen anmahnen. Dabei geht es im Kern um die Fragen, welche Funktion dem Verfassungsschutz in dieser Gesellschaft zukommt, welche Rolle er in Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus spielt und ob Geheimdienste mit demokratischen Prinzipien überhaupt vereinbar sind.

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist in Bremen. Er arbeitet seit Jahren als parlamentarischer Berater und Sachverständiger auf Bundes- und Länderebene. 2003 wurde er zum Präsidenten der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ (Berlin) gewählt. Mitherausgeber der Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft „Ossietzky“ (Berlin/Hannover) sowie Mitglied der Jury zur Verleihung des Negativpreises „BigBrotherAward“ an Institutionen und Politiker, die in besonderem Maße gegen die Datenschutz verstoßen.



Rolf Gössner, Geheime Informanten.

V-Leute des Verfassungsschutzes:
Kriminelle im Dienst des Staates,

320 Seiten, € 12,90; sFr. 22,60. Knauer-TB-Originalausgabe, München, Oktober 2003.

Gössners Fallstudien „lesen sich wie ein Dokumentar-Krimi“ (**Weser-Kurier**)

Veranstaltet von Bhf. Lgdr./Politik und AG Diskurswechsel

Dienstag, 16.3., 19.30 Uhr:

(Logo(vom WSF II., 23.3.)+Bild)

4. Weltsozialforum 2004 in Mumbai (I) Erfahrungen und Ergebnisse - TeilnehmerInnen berichten

Januar 2004: über 100.000 Menschen versammeln sich 6 Tage lang auf dem 4. Weltsozialforum unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich!“

Darunter auch TeilnehmerInnen aus dem Revier: Prof. Wolf-Dieter Just von der Ev. Fachhochschule Bochum mit seinen StudentInnen aus dem Seminar zur Globalisierung, Anne Eberle (aktiv im Sozialforum Dortmund) und Wolfgang Schaumberg (aktiv im Bochumer Sozialforum). Sie berichten über ihre Erfahrungen, über die sehr unterschiedlichen Einschätzungen des WSF und über die weitere Zukunftsplanung dieser weltweiten Bewegung.

„Der Veranstaltungsort hätte nicht besser gewählt werden können. Mumbai, die aus allen Nähten platzende 14 Millionen Metropole Indiens, ... das größte Finanzzentrum außerhalb der westlichen Welt ... mit den größten Slums Asiens ... spiegelt die globalen Gegensätze.“ So Prof. W.-D. Just in seinem Bericht für attac. Als Indien-Kenner wird er in die besondere Bedeutung dieser Ortswahl für das 4. WSF und insbesondere für die rund 80.000 aus Indien und anderen asiatischen Ländern angereisten Menschen einführen, die lautstark und bunt dieses WSF dominierten..

Die Teilnehmerinnen aus dem Revier haben an einigen der über 1200 Veranstaltungen teilgenommen, über die sie informieren werden, sicherlich mit differierenden Einschätzungen ihrer Lernerfahrungen. „Wir müssen uns als im Krieg befindlich betrachten“, hatte die Schriftstellerin Arundhati Roy bei der Eröffnungsfeier provokativ gefordert und weltweiten Angriff auf Konzerne vorgeschlagen, die vom Irak-Krieg profitieren. „Wir müssen den Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen brechen!“ forderten viele Redner, oder gar „Ein Weltparlament muss her...“ Und andererseits: „Ein diffuses globales Protestkonglomerat, das ohne Botschaft ist“, so die FAZ am 20.1.04. Oder gar die Opposition im parallelen Kongress „Mumbai Resistance“: Das WSF und seine Nichtregierungsorganisationen hätten für die Mächtigen eine Bedeutung nur als ein Sicherheitsventil, vertrete illusorische Ziele mit dem Effekt der Entpolitisierung der Massen...

So unterschiedlich Herkunft und Orientierung der auf dem WSF vertretenen Individuen und Organisationen, so unterschiedlich auch die Einschätzungen über die Wirksamkeit und Zukunftsausrichtung dieser Art von Massenversammlungen. Doch für die meisten TeilnehmerInnen wie für alle globalisierungskritischen Menschen ist das WSF wohl immer noch ein hoffnungsträchtiger Ansatz für eine „andere Welt“ ...

(Berichte zum 4. WSF z.B. unter www.labournet.de)

Donnerstag, 25.3., 19.30 Uhr

Vor der Kommunalwahl 2004:

Was ist eigentlich ein „Bürgerhaushalt“?

Neues Kommunalmodell zwischen Basisdemokratie und Scheinaktivität?

Mit Anselm Weidner, („Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin“)

Städte und Gemeinden rufen reihenweise den Notstand aus. Die desaströse Steuer- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung ist über das rot-grüne Land NRW mittlerweile beim rot-grün-regierten Bochum angekommen. Hier wie

andernorts wird bereits mit schrecklichen Konsequenzen gedroht. Den Sozialverbänden und Jugendhilfeeinrichtungen beispielsweise ist schon eine 30 bis 50-prozentige Zuschusskürzung angekündigt worden. Schon zuvor sind die Kommunen auf allerlei abenteuerlich-halbseidene Ideen verfallen – namentlich das sogenannte „cross-border-leasing“ – um die Haushaltslöcher noch irgendwie zu stopfen. Haushaltslöcher, die – man kann es nicht oft genug erwähnen – wesentlich von den eigenen rot-grünen PolitikerInnen geschlagen worden sind. In dieser Lage (andernorts auch schon früher) taucht ein neues Zauberwort auf: der „Bürgerhaushalt“, auch partizipativer oder „Beteiligungshaushalt“ genannt. Bekannt geworden ist insbesondere das Modell von Porto Alegre (Brasilien), der Stadt der ersten Weltsozialforen. Hier werden die BürgerInnen an der Haushaltsaufstellung beteiligt. Dem Anspruch nach wird die Haushaltsplanaufstellung jährlich zur Plattform für die Diskussion zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik. Inzwischen wird der Bürgerhaushalt bzw. ähnliche Formen von (versuchter) Einflussnahme von unten auf allen Kontinenten umgesetzt. In Europa v.a. in Spanien, Frankreich (u.a. St. Denis), Schweden, Polen sowie in Deutschland in rund 35 Kommunen. Bekannt ist hierzulande vor allem der Prozess in Emsdetten, Rheinstetten, aber auch in Castrop-Rauxel und Hamm. Wir wollen aber nicht nur das „Modell Bürgerhaushalt“ kennenlernen, sondern auch etwas von den bisherigen Erfahrungen mitbekommen. Gelingt die Zurückgewinnung von Gestaltungsspielräumen und die neue Prioritätensetzung wirklich? Wenn ja – unter welchen Voraussetzungen? Wird Transparenz und mehr Beteiligung von unten wirklich erreicht? Welche Rolle spielen Bürgerforen und Bürgerjursys? Und welches Interesse könnte andererseits die üblich verdächtige Bertelsmann-Stiftung antreiben, zusammen mit dem Innenministerium NRW das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ zu pushen? Fragen über Fragen. Zu deren Beantwortung steht jedoch ein äußerst kompetenter Referent zur Verfügung: **Anselm Weidner**, Mitglied der unabhängigen „Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin“. Er hat u.a. in Porto Alegre und St. Denis, aber auch in deutschen Kommunen recherchiert und kommt zu „ambivalenten Ergebnissen“. Veranstaltet von Bhf/Politik, attac und der AG Diskurswechsel.

Internationaler Friedens-Aktionstag am 20.März 2004

Unter dem Motto "Stillhalten ist tödlich" rufen verschiedene Friedensgruppen weltweit zu einem Aktionstag ein Jahr nach dem Beginn des offenen Krieges der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak auf. Ähnlich wie die Demonstration am 15.2.2003 soll dieser Aktionstag zu einer großen internationalen Veranstaltung der Friedensbewegung werden. Es wird z. B. eine zentrale Demonstration in Ramstein geben. In Bochum beginnt am 20.3. um 12.00 Uhr vor dem Hauptbahnhof eine Aktion, mit der sich Menschen widersetzen. Es soll daran erinnert werden, wie systematisch vor einem Jahr die KriegstreiberInnen die Märchengeschichte mit den Massenvernichtungswaffen im Irak erfunden haben. Es soll aber auch deutlich gemacht werden, wie die Bundesregierung sich immer stärker von der klammheimlichen zur offenen Unterstützerin dieses eindeutig völkerrechtswidrigen Krieges machte. Nähere Einzelheiten unter: www.bo-alternativ.de.

Montag, 29.3., 19 Uhr Arbeitstreffen Sozialforum

**Gruß
Reinhard**